

Deutschland steigt ab : am "Neoliberalismus" kann es nicht liegen

Autor(en): **Doering, Detmar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **83 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166862>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Detmar Doering,
geboren 1957, Dr. phil.,
ist Leiter des Liberalen
Instituts der Friedrich-
Naumann-Stiftung in
Potsdam.

DEUTSCHLAND STEIGT AB

Am «Neoliberalismus» kann es nicht liegen

Wie immer, wenn die Konjunktur abschwächt, betreten die Kapitalismuskritiker die Bühne. In Deutschland ist es in letzter Zeit geradezu chic geworden, den vermeintlich schrankenlosen «Neoliberalismus» als Ursache von Arbeitslosigkeit und anderen Misereen zur Verantwortung zu ziehen. Selbst die Wirtschaftspolitik der Regierung Schröder wird von Erfolgspublizisten (etwa dem ansonsten abgehalfterten Oskar Lafontaine) in epischer Breite einer «neoliberalen Ausrichtung» bezichtigt. Dass die deutsche Wirtschaft samt ihrem sozialpolitischen Korsett in der Misere steckt, ist unbestritten. 4,7 Millionen Arbeitslose sprechen da eine deutliche Sprache. Aber stimmt auch die dahinter vermutete Ursache? Sind hier destruktiv wütende und ungehemmte Marktkräfte am Werk gewesen?

Diesen Fragen kann man empirisch auf den Grund gehen. Wirtschaftsfreiheit ist messbar und vergleichbar. Die vom Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman inspirierte und vom kanadischen «Fraser Institute» jährlich neu publizierte Studie «Economic Freedom of the World» vergleicht Daten aus aller Welt (123 Länder aufgrund der Angaben von insgesamt 52 Forschungsinstituten) und beurteilt nach ausgewählten Kriterien wie etwa Offenheit des Aussenhandels, Staatsquote, Steuerhöhe, Rechtssicherheit und Währungsstabilität die wirtschaftliche Freiheit, also die Marktwirtschaftlichkeit.¹ Am Schluss steht ein *ranking* der Länder von den freiesten zu den unfreiesten. Wie steht es nun um die Einstufung Deutschlands auf dieser Skala der Marktwirtschaftlichkeit?

Nach dem Gesamtwert der wirtschaftlichen Freiheit liegt Deutschland zurzeit auf Platz 15 von 123 untersuchten Ländern. Man könnte meinen, das sei doch gar nicht so schlecht. Deutschland lag aber im Jahr 1970 noch auf Platz 6. Inzwischen hat es an Terrain eingebüsst, obwohl es immer noch Pluspunkte erhält, beispielsweise beim Rechtssystem und bei der Geldwertstabilität. Auch der Aussenhandel ist, EU-bedingt, noch recht frei.

Beim Umfang der Staatstätigkeit – also: öffentliche Ausgaben, Steuern, staatliche Unternehmen – steht Deutschland allerdings lediglich auf Platz 102 von 123 Ländern. Beträgt der Einkommensspitzensteuersatz etwa in der Schweiz je nach Kanton 31 bis 40 Prozent, so beträgt er in Deutschland satte 51,2 Prozent. Der Anteil der Staatsausgaben am Gesamtbruttoinlandsprodukt beträgt in der Schweiz 19,2 Prozent, in Deutschland 24,5 Prozent. All dies erklärt zunächst einmal, warum Deutschland aufgehört hat, die Wachstumslokomotive Europas zu sein.

Das Hauptproblem der deutschen Politik ist die Überregulierung des Arbeitsmarktes. Die für «Economic Freedom of the World» massgeblichen Kriterien sind folgende: die Festsetzung von Minimallohnen, der Kündigungsschutz, das Ausmass des «Kollektivlohnabschlusses», die Anreize durch Arbeitslosengeld und die Wehrpflicht. Die massgebenden Daten lagen nur für 74 Länder vollständig vor. Für Deutschland ist das Ergebnis erschreckend. In Sachen Arbeitsmarktfreiheit landet das Land auf Platz 74, also auf dem letzten Platz. Die Schweiz – wen wundert es, dass hier die Arbeitslosigkeit noch geringer ist – liegt immerhin auf Rang 32.

Die Überregulierung des Arbeitsmarktes zeitigt ihre Folgen. Wegen ihr setzt sich Wachstum nicht mehr in Beschäftigung um. In Deutschland erhöhte sich im Zeitraum von 1990 bis 1999 die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten bei einem Prozent zusätzlichem Wachstum um äusserst magere 0,04 Prozent. In den Niederlanden, wo in diesem Zeitraum eine strikte Lohnzurückhaltung und -flexibilisierung betrieben wurde, betrug der Beschäftigungseffekt von Wachstum dagegen 0,74 Prozent – und war somit 18-mal so hoch.

Es ist tröstlich zu wissen, dass in letzter Zeit bei den verantwortlichen Politikern eine Diskussion eingesetzt hat, leider noch allzu zaghaft und natürlich viel zu spät. ♦

¹ *Economic Freedom of the World, 2002 Annual Report*, Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam Babelsberg, erscheint gedruckt im Juni 2003.